



Themen

Seite 1

Positionen des Städtetags zur Landtagswahl

Seite 4

Jugendsozialarbeit an Schulen

Seite 5

Vergabe im kommunalen Bereich

Seite 6

Nachverdichtung in Zeiten des Klimawandels

Positionen des Städtetags zur Landtagswahl in Bayern

Die aktuellen Dauerthemen der Kommunalpolitik sind Demografie und Wohnen, digitale Transformation, Integration, Mobilität und Energie. Diese Themen finden sich ausführlich behandelt im Positionspapier des Bayerischen Städtetags „Starke Städte – Starkes Land“, das im Vorfeld der Landtagswahl beim BAYERISCHEN STÄDTETAG in Coburg im Juli 2018 vorgestellt worden ist. Die vielfältigen kommunalpolitischen Handlungsstränge sind eng miteinander verflochten: So hängt Wohnen mit Mobilität zusammen, Wohnen und Integration sind verwoben, Mobilität lässt sich nicht ohne Energie und Digitalisierung weiterentwickeln. Eine flächendeckende technische Infrastruktur und eine moderne Breitbandversorgung sind Grundvoraussetzungen der digitalen Transformation. Für autonomes Fahren oder für den Austausch riesiger Datenmengen braucht es schnelles Internet.

Gute Infrastruktur benötigt eine sichere Finanzierung, etwa für Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Straße, Schiene und Datenautobahn. Die soziale, schulische, gesundheitliche und technische Infrastruktur muss in allen Städten und Gemeinden abgesichert werden, nicht zuletzt bei der Versorgung mit Breitband und Mobilfunk. Nur wenn Städte und Gemeinden – in Ballungszentren ebenso wie in ländlichen Räumen, in Boomregionen wie in schrumpfenden Regionen – gut finanziell ausgestattet sind, können die Kommunen ihre Aufgaben erfüllen und können ihr Leistungsangebot an die jeweiligen Herausforderungen der Zeit anpassen.

Günstige Wohnungen sind ein knappes Gut. Bayern verzeichnet einen kräftigen Zuzug, nicht zuletzt aus EU-Ländern. Der Mangel an Wohnungen spitzt sich zu. Bezahlbare Wohnungen zu schaffen, ist eine dauerhafte Herausforderung. Bund, Freistaat und Kommunen müssen zusammen mit öffentlicher und privater Wohnungs-

Impressum

Büro: Prannerstraße 7, 80333 München

Post: Postfach 100254, 80076 München

Telefon: 089 290087-0

E-Mail: post@bay-staedtetag.de

Website: www.bay-staedtetag.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer

Redaktion: Dr. Achim Sing

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier



wirtschaft ihre Kräfte bündeln, um Wohnungsnot zu lindern. Städte und Gemeinden wenden beträchtliche Mittel auf, um die Versorgung mit bezahlbaren Wohnungen sicherzustellen. Alleine können Städte und Gemeinden diese Aufgabe nicht stemmen. Für die Schaffung von Wohnungen brauchen Kommunen, kommunale Wohnungsunternehmen und soziale Wohnungsbau-gesellschaften mehr Finanzmittel.

Die Mobilisierung von Bauland ist schwierig. Die Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen zur Mobilisierung von Flächen müssen erhöht werden. Förderprogramme stehen inzwischen zur Verfügung, aber den Städten gehen die Flächen aus. Für den Bau von Wohnungen, für Verkehrswege und Infrastruktur mit Schulen, Kitas und Geschäften zur Nahversorgung müssen Flächen mobilisiert werden.

Kommunen brauchen mehr Flächen, damit sie Wohnungsbau vorantreiben können, etwa auf Konversionsflächen von ehemaligen Militäranlagen oder staatlichen Liegenschaften. Städte und Gemeinden benötigen Handlungsspielräume für eine vorausschauende Flächenbevorratung. Kommunen müssen bereits im Vorfeld formeller städtebaulicher Maßnahmen zum Beispiel ein Vorkaufsrecht für Grundstücke auf eigenem Gebiet haben, um rechtzeitig Baugrund, Tausch- oder Ausgleichsflächen für Wohnungsneubauten erwerben zu können.

Integration findet in Städten und Gemeinden statt. Kommunen können Integration, aber sie müssen es sich auch leisten können. Integration ist keine alleinige Aufgabe der Kommunen. Bund und Länder müssen sich mit den Kommunen dieser gesellschaftlichen Aufgabe stellen. Zu diesem weiten Themenfeld hat der Bayerische Städtetag die neue Broschüre „Integration braucht Strategie“ vorgelegt.

In der Integration verbinden sich viele Politikfelder: Hier verknüpfen sich Städtebau, Wohnungsbau, Bildung, Soziales und Wirtschaftspo-

litik. Integration ist kein abstraktes Thema, sondern ein konkretes Anliegen; das berührt die Mobilisierung von Bauland, den sozialen Wohnungsbau, den Arbeitsmarkt, das betrifft Jugendhilfe und Sozialhilfe, umfasst Kinderbetreuung in Kindergärten, Krippen, Horten und betrifft die Schulen. Hier verflechten sich viele Stränge. Kommunen können nicht allein gegen Armut und Arbeitslosigkeit kämpfen und die Kommunen können nicht im Alleingang das Schulsystem reformieren – das alles ist eine gemeinschaftliche Aufgabe mit Bund und Freistaat. Die Steuerungs- und Koordinierungsfunktion der Kommunen muss gestärkt werden. Die Kommunen müssen bei ihren Integrationsaufgaben finanziell stärker unterstützt werden. Es braucht einen finanziell hinterlegten Masterplan Integration. Die Integration in Arbeit und Ausbildung muss dauerhaft unterstützt werden. Integration funktioniert über Sprache: In allen Altersstufen muss der Spracherwerb gefordert und gefördert werden.

Wachsende Pendlerströme, mehr Wirtschafts- und Freizeitverkehr

Bayern wächst – die Folge sind wachsende Pendlerströme, mehr Wirtschaftsverkehr und Freizeitverkehr. Die Mobilitätsbedürfnisse wandeln sich mit dem Berufsleben und dem Wirtschaftsleben. Eine florierende Wirtschaft braucht verlässliche Verkehrswege, Unternehmen benötigen ein dichtes Verkehrsnetz. Just-in-Time-Produktion bedeutet mehr Güterverkehr auf großen LKWs, Dienstleistungen verursachen mehr Autoverkehr, Online-Handel bringt mehr Kurierdienste mit Kleintransportern. Die Zukunft liegt im effizienten Mix an Verkehrsmitteln. Die Erfordernisse an Umweltschutz und Lärmschutz, die Bedürfnisse von Pendlern und Wirtschaft müssen auf einen Nenner gebracht werden. Neue technische Möglichkeiten können Mobilität besser organisieren.

Individualverkehr und öffentlicher Nahverkehr müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Radfahrer und Fußgänger brauchen Raum.

Der öffentliche Raum ist knapp, für eine effizientere Nutzung stehen digitale Möglichkeiten zur Verfügung. An den Fortschritten im Nahverkehr muss weiter gearbeitet werden: Es braucht einen dichteren Takt bei Bahn und Buslinien in Verkehrsverbänden, engere Verknüpfungen zwischen Fern- und Nahverkehr. Verkehrsverbände müssen enger zusammenwachsen. Auf dem bewährten öffentlichen Nahverkehr lässt sich weiter aufbauen mit vernetzten Fahrplänen, verknüpften Leitsystemen, dynamischen Fahrgast-Informationen, bayernweiten Tickets, günstigen Umsteigemöglichkeiten, Park and Ride, Park and Bike. Die Gemeindeverkehrsfinanzierung muss verbessert werden. Der öffentliche Nahverkehr muss mit Hilfe einer dauerhaften Fortführung der ÖPNV-Zuweisungen auf hohem Niveau gestärkt werden. Alternative Antriebstechniken müssen intensiviert werden.

Eine stadtverträgliche und raumverträgliche Mobilität soll vielschichtigen Interessen von Menschen und Wirtschaft gerecht werden – dies benötigt eine strategische Steuerung durch die Kommune im Rahmen der Verkehrsentwicklungsplanung. Dies ist verflochten in größeren räumlichen Umgriffen über gemeinsame Siedlungsentwicklung und Verkehrsplanung zu gestalten. Digitalisierung kann helfen bei multimodalen Verkehrsangeboten und vernetzter Mobilität, etwa für CarSharing oder effizientere Transportketten bei Güterverkehr und Kurierdiensten. Digitalisierung kann Umsteigen im Nahverkehr verbessern oder die einheitliche Abrechnung des Fahrscheins ermöglichen. Bei der Erarbeitung regionaler Mobilitätskonzepte müssen Bund und Freistaat mit ins Boot.

Kontakt: achim.sing@bay-staedtetag.de

Starke Städte – Starkes Land

Positionen des Bayerischen Städtetags

Im Internet steht zum Herunterladen bereit:

<https://www.bay-staedtetag.de/jahrestagungen/2018/downloads/>

- **Positionspapier des Bayerischen Städtetags: Starke Städte – Starkes Land**
- **Faltblatt: Starke Städte – Starkes Land**
- **Broschüre: Integration braucht Strategie**

Weitere Informationen unter: www.bay-staedtetag.de: Jahrestagungen

Weiterentwicklung der Jugendsozialarbeit an Schulen

Kommunen erinnern an Zusage der hälftigen Finanzierung

Die kommunalen Spitzenverbände haben sich unter Federführung des Bayerischen Städtetags an Kultusminister Sibler und Sozialministerin Schreyer gewandt, um die Zusage der Staatsregierung vom 10. Januar 2013 zur Weiterentwicklung und hälftigen Finanzierung der Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) in Erinnerung zu rufen.

Beginnend ab dem Schuljahr 2018/2019 steigt der Freistaat erstmals in die staatliche Schulsozialarbeit ein und erweitert die Stellen für Schulpsychologen. Unter dem Programm „Schule öffnet sich“ sollen 200 neue Stellen für Schulsozialpädagogen und 300 zusätzliche Stellen für Schulpsychologen bis zum Jahr 2022 bereitgestellt werden. Bayerischer Städtetag, Bayerischer Gemeindetag und Bayerischer Landkreistag begrüßen die Öffnung der Schule. Der Ausbau des Einsatzes von Schulpsychologen ist sinnvoll, die Arbeit von Sozialpädagogen an Schulen bringt einen Mehrwert für Schülerinnen und Schüler mit sich. Multiprofessionelle Teams, die auf Augenhöhe zum Wohl der Schülerinnen und Schüler zusammenarbeiten, leisten einen wichtigen Beitrag zur Bildung und Erziehung an Schulen.

Eine wesentliche Voraussetzung für die fachliche Synchronisation von staatlicher Schulsozialarbeit und JaS ist eine klare Definition der Kernaufgabe des jeweiligen Programms. Ebenso ist für einen effektiven Einsatz in den Schulen erforderlich, dass eine möglichst flächendeckende und gleichmäßige Verteilung der Schulsozialarbeit über alle Schulstandorte erfolgt. Dabei dürfen die Kommunen nicht benachteiligt werden, die sich bereits besonders engagiert in JaS einbringen. Denn die Kommunen haben bereits in der Vergangenheit die Bedeutung des Einsatzes von Sozialpädagogen an Schulen erkannt und sich bereit erklärt, die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel und nicht unerheblich eigene kommunale Mittel einzusetzen, um mit der Staatsregierung das Ausbauziel von 1.000 Sozialpädagogen an Schulen bis spätestens

2019 zu realisieren. In der Pressemitteilung der Bayerischen Staatskanzlei vom 11. September 2018 wird ausgeführt, dass seit 2012 bereits ca. 1.000 JaS-Stellen geschaffen wurden. Eine Aussage zur Vereinbarung zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der Staatsregierung aus dem Jahr 2013, wonach mit Erreichung des Ausbauziels die Förderquote des Freistaats bei JaS-Stellen auf die Hälfte der tatsächlich anfallenden Kosten angehoben wird, enthält die Pressemitteilung jedoch leider nicht. Ebenfalls nicht erwähnt wird der bereits fachlich diskutierte und seitens der Kommunen geforderte Aspekt, dass im Rahmen der Weiterentwicklung – neben der Ausweitung des Einsatzbereiches auf Berufsfachschulen und Wirtschaftsschulen – die Voraussetzung des aktuell geforderten Migrantenanteils von mindestens 20 Prozent an Grundschulen aufgegeben werden sollte. Ermöglicht werden sollte auch die Ausweitung der Fördermöglichkeit auf bestehende Angebote, die zunächst unabhängig von der staatlichen Förderung geschaffen wurden, nun aber die fachlichen Voraussetzungen erfüllen würden.

Damit in der Gesamtbetrachtung die bestehenden JaS-Angebote mit den neuen staatlichen Schulsozialpädagogen ein harmonisches und sich ergänzendes Beratungsangebot für die Schülergemeinschaft ergeben, ist zur Vermeidung von Parallelstrukturen eine größtmögliche Abstimmung der beiden Ansätze erforderlich. Zudem sollte der Freistaat angesichts des Fachkräftemangels das Angebot an Studienplätzen für Sozialpädagogen zügig ausweiten, damit es nicht zu einem gegenseitigen Abwerben der Fachkräfte kommt. Bei kommunalen Schulen sollte die Einrichtung von (nichtstaatlichen) Schulsozialpädagogenstellen und deren Finanzierung über Art. 17 BaySchFG möglich sein und die präventiven Rahmenkonzepte, die bereits dem neuen staatlichen Ansatz entsprechen, seitens des Freistaates ebenso finanziert werden.

Kontakt: inka.papperger@bay-staedtetag.de

Änderung der Kommunalhaushaltsverordnung

Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich

Die Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern und für Integration zur Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich (IMBek) wurde am 31. August 2018 im Allgemeinen Ministerialblatt veröffentlicht und ist zum 2. September 2018 in Kraft getreten. Bereits im Juni 2018 hat das Innenministerium die kommunalen Auftraggeber darüber informiert, dass die Erleichterungen und erweiterten Handlungsspielräume der neuen IMBek ab sofort angewendet werden dürfen.

Durch Verordnung vom 20. Juli 2018 zur Änderung der Kommunalhaushaltsverordnungen wurden § 31 KommHV-Kameralistik und § 30 KommHV-Doppik mit der Maßgabe geändert, dass der Auftraggeber zwischen einer Öffentlichen Ausschreibung und einer Beschränkten Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb wählen kann. Danach waren alle Hindernisse für ein förmliches Inkrafttreten der IMBek beseitigt. Inhaltlich erfolgte keine Änderung zum Vorgriffsschreiben.

Hervorzuheben ist: Die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) wird – wie bisher die VOL/A – den kommunalen Auftraggebern nur zur Anwendung empfohlen, nicht aber verpflichtend eingeführt. Anders als nach der bisherigen Bekanntmachung ist die Anwendung der UVgO keine Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Wertgrenzen für Beschränkte Ausschreibungen und Verhandlungsvergaben. Darüber hinaus ist insbesondere auf die Möglichkeit zur Direktvergabe von Bauleistungen mit einem geschätzten Auftragswert bis zu 5.000 Euro netto und die differenzierten Bestimmungen für die Vergabe von freiberuflichen Leistungen hinzuweisen.

Die Bekanntmachung des Innenministeriums sowie weitere nützliche Informationen über die kommunale Auftragsvergabe stehen auf dem Internetauftritt des Bayerischen Staatsministeriums des Innern und für Integration unter der Rubrik „Vergaben im kommunalen Bereich“ zum Abruf bereit. Die Bekanntmachung

wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt. Nach Auffassung der Spitzenverbände konnten Erleichterungen und Flexibilisierungen bei der Auftragsvergabe im Unterschwellenbereich erreicht werden. Zur weiteren Unterstützung kommunaler Auftraggeber werden in den kommenden Monaten FAQ zusammengetragen, beantwortet und zum Abruf bereitgestellt.

Kontakt: florian.gleich@bay-staedtetag.de

Informationsbrief elektronisch

Sie können den Informationsbrief auch als pdf elektronisch beziehen: Unter www.bay-staedtetag.de gehen Sie unter Presse und Veröffentlichungen auf „Informationsbriefe“, klicken „Elektronisches Abo“ an und fügen Ihre E-mail-Adresse ein.



Informationsbrief als App

Den Informationsbrief des Bayerischen Städtetags gibt es auch als App für Mobilgeräte. Die App steht zum kostenlosen Download im Apple Appstore und im Google Playstore zur Verfügung:

https://appsto.re/de/n6E_6.i

<https://play.google.com/store/apps/details?id=de.silkcodeapps.infobrief>

Leitfaden des Zentrums für Stadtnatur und Klimaanpassung

Nachverdichtung in Zeiten des Klimawandels

Der aktuelle Entwicklungsdruck in den Wachstumsregionen, die Flächenknappheit und die damit verbundene Explosion der Bodenpreise hat in Städten und Gemeinden eine Debatte über Nachverdichtung ausgelöst. Nicht nur der bauliche Bestand, Baulücken und Brachflächen, auch das Grün einer Stadt rücken zunehmend ins Visier der Nachfrage. Die Debatte darf nicht auf die bauliche Entwicklung einer Stadt beschränkt bleiben. Der Klimawandel fordert auch eine Diskussion unter klimatischen Aspekten.

Das Zentrum für Stadtnatur und Klimaanpassung an der Technischen Universität München zeigt mit seinem neuen „Leitfaden für klimaorientierte Kommunen in Bayern“ Strategien und Wege auf, wie sich die Herausforderungen des Klimawandels in dicht bebauten Stadtquartieren bewältigen lassen. Die Kernbotschaft lautet: „Glücklich, wer hier rechtzeitig vorbaut“.

Die Bauplanungsrechtsnovelle 2017 hat Städten und Gemeinden mit dem „Urbanen Gebiet“ ein Instrument an die Hand gegeben, um neue Quartiere mit hoher Nutzungsdichte und kleinteiliger Nutzungsmischung entwickeln zu können. Abstandsflächentiefen und Gebäudehöhen werden unter ganz anderen Vorzeichen als noch vor zehn Jahren diskutiert. Die Wohnungsnachfrage und der damit einhergehende Siedlungsdruck bedrohen romantisch verwinkelte grüne Innenhöfe, Gärten, Kleingartenanlagen und Grünflächen. Die jüngsten Prognosen des Bayerischen Landesamtes für Statistik über zu erwartende steigende Einwohnerzahlen in den nächsten Jahren heizen die Debatte um Flächenverbrauch und Verdichtung noch weiter an.

Schon heute ist es augenfällig, dass sich Städte zunehmend höheren Klimaschwankungen ausgesetzt sehen. Jüngst haben im ungewöhnlich heißen Sommer 2018 wieder große Hitze und hohe Schadstoffkonzentrationen in der Luft der

Stadtbevölkerung zu schaffen gemacht. Starkregen führt immer häufiger zu Sturzfluten und Überstauungen der Kanalisation. Gebietsfremde Arten, die zunehmend städtische Wärmeinseln besiedeln, verdrängen heimische Fauna und Flora. Kann diese Entwicklung trotz aller Verdichtungsprozesse aufgefangen werden?

Dieser Fragestellung hat sich das Zentrum für Stadtnatur und Klimaanpassung unter Förderung des Bayerischen Umweltministeriums angenommen. Mit dem Teilprojekt „Klimaschutz und grüne Infrastruktur“ wurde untersucht, wie sich steigende Temperaturen und zunehmende Starkregenereignisse auf Siedlungstypen wie Block- und Zeilenbebauung sowie historische Stadtkerne auswirken.

Aus den Ergebnissen leitet der Leitfaden für jeden dieser Siedlungstypen Handlungsempfehlungen ab. Das Spektrum reicht von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz über Begrünungsmaßnahmen bis hin zu Gestaltungszielen.

Der Leitfaden ist im Internet auf der Website des Lehrstuhls für Strategie und Management der Landschaftsentwicklung an der Technischen Universität München unter der Rubrik Mitteilungsarchiv abrufbar:

www.landschaftsentwicklung.wzw.tum.de

Kontakt: monika.geiss@bay-staedtetag.de

Persönliche Nachrichten

Geburtstage

Im September 2018 feiern

den 80. Geburtstag:

Altobürgermeister, Stadtrat **Hartwig Reimann**, Schwabach,

den 65. Geburtstag:

berufsm. Stadtrat **Dr. Thomas Böhle**, München, Mitglied im Personal- und Organisationsausschuss sowie Verwaltungs- und Rechtsausschuss des Bayerischen Städtetags, Forstdirektor **Hans-Ulrich Swoboda**, Schweinfurt, Mitglied im Forstausschuss des Bayerischen Städtetags,

den 50. Geburtstag:

Erste Bürgermeisterin **Elke Zehetner**, Penzberg, Mitglied im Verwaltungs- und Rechtsausschuss des Bayerischen Städtetags.

Zukunftsstiftung Ehrenamt

Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern unterstützt neue und innovative Initiativen, Projekte und Ideen für das Ehrenamt. Noch bis 24. September 2018 können sich alle bewerben, die ein solches Projekt künftig durchführen wollen. Sie können eine Fördersumme von bis zu 5.000 Euro erhalten. Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern wurde am 1. Februar 2018 gegründet, um noch bessere Unterstützungsmöglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen. Sie ist eine gemeinnützige Einrichtung und will bürgerschaftliches Engagement in allen Gesellschaftsbereichen stärken und weiterentwickeln. Vorstandsmitglieder der Stiftung sind Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer, Professorin Dr. Doris Rosenkranz und Geschäftsführerin Jusra Al-Kaisi. Informationen zu Förderung und Antrag im Internet unter:

<http://www.ehrenamtsstiftung.bayern.de>

Master Public Management

Das Weiterbildungszentrum der Technischen Hochschule Deggendorf bietet den berufsbegleitenden Masterstudiengang Public Management an. Die Themen sind vielfältig: Die Bewältigung von Reformprozessen, Controlling, Marketing, Beteiligungsmanagement und europäische Aspekte. Das Studium ist für Vollzeitberufstätige konzipiert und dauert vier Semester, davon drei Präsenzsemester und ein Semester zur Bearbeitung der Masterarbeit. Die Vorlesungen finden an zwei Wochenenden pro Monat im Wechsel an der TH Deggendorf und an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern in Hof statt. Nach Abschluss des Masters qualifizieren sich die Teilnehmer für einen Aufstieg in den höheren Dienst. Durch die Teilnehmerzahl von maximal 15 Personen profitieren die Studierenden vom Erfahrungsaustausch.

Kontakt: corina.brunner@th-deg.de

Internet: www.th-deg.de/weiterbildung

Jugendbeteiligung

Das Gemeinschaftsprojekt *jugend.beteiligen.jetzt – für die Praxis digitaler Jugendbeteiligung*, initiiert und gefördert vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, setzt sich bundesweit für digitale Jugendbeteiligung in Städten und Kommunen ein. Die drei Projektpartner Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS), Deutscher Bundesjugendring (DBJR) und IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. bieten im Rahmen des Projektes Hilfe für die Praxis digitaler Jugendbeteiligung an. *jugend.beteiligen.jetzt* möchte eine lebendige Beteiligungskultur im Alltag von Jugendlichen und politischen Entscheidungsträgern verankern. Dazu vernetzt das Projekt und qualifiziert für zielgruppengerechte mehr Beteiligungsverfahren. Jugendbeteiligung mit digitalen Methoden soll als Prinzip politischer Prozesse begriffen werden. Weitere Informationen unter: www.jugend.beteiligen.jetzt.

Wohnen im Alter

Altersgerechte und alltagsunterstützende Assistenzsysteme sind gefragt, wenn es um ein unabhängiges Leben in den eigenen vier Wänden geht. Die Fortbildung des Vereins Stadtteilarbeit von Januar bis Juni 2019 als Webinar mit zwei Praxistagen vermittelt einen Überblick über Assistenzsysteme. Im Praxisteil können technischen Geräte getestet werden. Beispiele und Lebenssituationen vermitteln Einblick in die Möglichkeiten und Grenzen technischer Assistenzsysteme. Die Fortbildung will im Themenfeld „Wohnen im Alter“ Kompetenzen stärken, um technische Assistenzsysteme zu verstehen und zu beurteilen, damit Betroffene je nach ihren individuellen Bedürfnissen informiert und beraten werden können. Anmeldung bei Christa Schüßler, Tel. 089 / 35 70 43 – 15. c.schuessler@verein-stadtteilarbeit.de. <https://www.verein-stadtteilarbeit.de/alltagsunterstuetzende-assistenzsysteme.html>

Schutz vor Hochwasser

Schutz vor Hochwasser ist eine Zukunfts- und Gemeinschaftsaufgabe. Nur wenn alle zusammen an einem Strang ziehen, kann diese Herausforderung gemeistert werden. Am 9. Mai 2018 hat Umweltminister Dr. Marcel Huber deshalb den offiziellen Startschuss für die Informationskampagne Hochwasserschützer gegeben.

Auf dem Infoportal Hochwasser www.hochwasser.bayern.de sind unter der Rubrik „Hochwasserschützer“ Geschichten zahlreicher Botschafter zu finden. In Bayern gibt es viele Menschen, die sich für den Hochwasserschutz im Rahmen der Kampagne engagieren, darunter auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Mit ihrer Überzeugungskraft und ihrem Durchhaltevermögen motivieren sie Andere, sich über die Gefahren durch Hochwasser zu informieren und Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen.

Die Homepage stellt die Botschafter und ihren Einsatz für den Hochwasserschutz mit kurzen Videos vor. Außerdem können Plakate und Postkarten aller Hochwasserschützer sowie die Broschüre der Kampagne bestellt und heruntergeladen werden. Darüber hinaus werden Texte und Bildmaterial für Porträts der Hochwasserschützer für Publikationen bereitgestellt.

Auf Nachfrage können kurze Texte für Online- und Social-Media-Kanäle zur Verfügung gestellt werden. Das Umweltministerium bittet die Kommunen, die Kampagne auf ihren Webseiten, in Publikationen, auf Veranstaltungen oder in Social-Media-Kanälen zu berücksichtigen. Die Öffentlichkeitsarbeit wird von einer Agentur begleitet.

Für Rückfragen stehen Clemens Reisbeck (c.reisbeck@engel-zimmermann.de, Tel. 089 8935-553) von der Agentur Engel@Zimmermann und der Projektkoordinator des Bayerischen Landesamts für Umwelt (LfU), Christoph Oberacker (christoph.oberacker@lfu.bayern.de, Tel. 0821 9071-5807), zur Verfügung.

Termine

25.09.2018	Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in München
28.09.2018	Schulausschuss in München
09.10.2018	Bezirksversammlung Mittelfranken in Hersbruck
09.10.2018	Verwaltungs- und Rechtsausschuss in München
10.10.2018	Erfahrungsaustausch der Geschäfts- und Hauptamtsleiter/-innen der Großen Kreisstädte in München
16.10.2018	Bezirksversammlung Oberbayern in Traunstein
18.10.2018	Arbeitskreis Finanzen in München
18./19.10.2018	Sportausschuss in Hof
19.10.2018	Finanzausschuss in München
19.10.2018	Arbeitskreis Organisation
22.10.2018	Bezirksversammlung Unterfranken in Miltenberg
22.10.2018	Arbeitskreis Planen und Bauen in München
23.10.2018	Bau- und Planungsausschuss in München
24.10.2018	Gesundheitsausschuss in Weiden
24.10.2018	Arbeitskreis Gutachterausschüsse in Ingolstadt
26.10.2018	Arbeitskreis Personal in Hof
26.10.2018	Sozialausschuss in München
31.10.2018	Forstausschuss in München
06.11.2018	Vorstand in München
07.11.2018	Kämmerertagung Schwaben in Nördlingen
08.11.2018	Kämmerertagung Mittelfranken in Stein
08.11.2018	Pressekonferenz in München
14.11.2018	Kämmerertagung Oberfranken in Marktredwitz

- 14.11.2018 **Umweltausschuss** in München
- 15.11.2018 **Kämmerertagung Oberbayern** in Miesbach
- 16.11.2018 **Personal- und Organisationsausschuss** in München
- 20.11.2018 **Bezirksversammlung Oberpfalz** in Kötzing
- 22.11.2018 **Kämmerertagung Niederbayern/Oberpfalz** in Cham
- 27.11.2018 **Kulturausschuss** in München
- 29.11.2018 **Bezirksversammlung Niederbayern** in Landshut
- 30.11.2018 **Kämmerertagung Unterfranken** in Würzburg
- 06.12.2018 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in Ansbach
- 11.12.2018 **Bezirksversammlung Oberfranken** in Hof

abgeschlossen am 18. September 2018

Anzeige



TECHNISCHE HOCHSCHULE DEGGENDORF THD

Beruf & Studium

MASTER PUBLIC MANAGEMENT

Führungskräfteausbildung für Ihre Karriere in der öffentlichen Verwaltung

- ▶ Anwendungsorientierter Studiengang mit hohem Praxisbezug
- ▶ Vermittlung von verwaltungsspezifischem Management-Wissen
- ▶ Gegenseitiger Erfahrungsaustausch
- ▶ Abschluss: Master of Arts (M.A.)

in Kooperation mit
Hochschule für den öffentlichen Dienst
in Bayern

WEITERBILDUNGSZENTRUM der THD | www.th-deg.de/weiterbildung | weiterbildung@th-deg.de